

Studien zum  
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

189

Anton Leopold Nußbaum

# Geschäftsleiterbinnenhaftung in Großvereinen



**Nomos**

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 189

Anton Leopold Nußbaum

# Geschäftsleiterbinnenhaftung in Großvereinen



**Nomos**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Vereins zur Förderung des Deutschen, Europäischen und Vergleichenden Wirtschaftsrechts e. V.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: LMU München, Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8010-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2402-9 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag im Sommersemester 2020 der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität als Dissertation vor. Sie befindet sich auf dem Stand von November 2020.

Den Personen und Institutionen, die mich in unterschiedlicher Art und Weise unterstützt haben und ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Besonderer Dank gebührt zunächst meinem verehrten und geschätzten Doktorvater Prof. Dr. Mathias Habersack. Er hat die Entstehung meiner Arbeit hervorragend betreut, hervorheben möchte ich insbesondere seine kurzen Reaktionszeiten. Darüber hinaus möchte ich meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Kindler für die äußerst zügige Anfertigung des Zweitgutachtens danken.

Den Anstoß zu dieser Arbeit gab Rechtsanwalt Dr. Martin Schockenhoff, der mich nicht nur erstmals mit dem Vereinsrecht in Berührung gebracht, sondern auch in das wissenschaftliche Arbeiten mit viel Geduld eingeführt hat. Ihm und der Kanzlei Gleiss Lutz bin ich zudem zu Dank verpflichtet, da sie mich während meiner Promotionszeit technisch und im Hinblick auf unschätzbare Literaturreourcen sehr unterstützt haben. Schließlich danke ich auch dem Verein zur Förderung des Deutschen, Europäischen und Vergleichenden Wirtschaftsrechts e.V. für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Besonderen Dank möchte ich auch Megan Müller aussprechen, die mich mit Ihrer akribischen Art vor allem bei der Erstellung der Endfassung unterstützt hat.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern, Rechtsanwalt Frank-Mathias Nußbaum und Dipl. Ing. Britta Nußbaum. Sie haben mir meine Studien- und Promotionszeit überhaupt erst ermöglicht und mich in jeder Lebenslage nicht nur finanziell äußerst großzügig unterstützt, sondern standen in vorbehaltlos hinter mir. Ihnen beiden widme ich diese Arbeit.

Roßwälden, im November 2020

Anton Nußbaum



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
§ 1 Einführung	23
A. Problemstellung und Ziel der Untersuchung	23
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	24
C. Gang der Darstellung	25
1. Teil: Der Großverein – Begriff und Probleme	27
§ 2 Großverein – Begriffsbestimmung	27
A. Der Begriff Großverein in Rechtsprechung und Literatur	27
I. Gebrauch des Begriffs in der Rechtsprechung	27
II. Abgrenzungsansätze in der Literatur	28
B. Notwendigkeit einer Abgrenzung	28
I. Notwendigkeit der Abgrenzung aus historischer Sicht	28
II. Gesetzgeberisch erkannte Notwendigkeit einer Abgrenzung	29
III. Rechtliche Relevanz des Tatbestands Großverein	31
C. Eigene Begriffsbestimmung	33
D. Arten von Großvereinen	35
I. Gesamtverein	35
II. Vereinsverband	37
III. Vereinskonzern	38
IV. Mischformen	38
§ 3 Strukturen ausgewählter Großvereine	40
A. Allgemeiner Deutscher Automobilclub e. V. (ADAC)	40
I. Zweck und Tätigkeitsfeld	40
II. Organisationsstruktur	41
III. Corporate Governance	41
IV. Wirtschaftliche Kennzahlen	42
V. Zusammenfassende Analyse	43

B. DEKRA e. V. (DEKRA)	43
I. Zweck und Tätigkeitsfeld	43
II. Organisationsstruktur	44
III. Corporate Governance	44
IV. Wirtschaftliche Kennzahlen	46
V. Zusammenfassende Analyse	46
C. Deutsches Rotes Kreuz e. V. (DRK)	47
I. Zweck und Tätigkeitsfeld	47
II. Organisationsstruktur	47
III. Corporate Governance	48
IV. Wirtschaftliche Kennzahlen	49
V. Zusammenfassende Analyse	50
D. Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. (ASB)	50
I. Zweck und Tätigkeitsfeld	50
II. Organisationsstruktur	51
III. Corporate Governance	51
IV. Wirtschaftliche Kennzahlen	53
V. Zusammenfassende Analyse	53
E. Fußballclub Gelsenkirchen-Schalke 04 e. V. (FC Schalke 04)	54
I. Zweck und Tätigkeitsfeld	54
II. Organisationsstruktur	54
III. Corporate Governance	54
IV. Wirtschaftliche Kennzahlen	56
V. Zusammenfassende Analyse	56
F. Einordnung der Ergebnisse	56
§ 4 Die Problematik des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	59
A. Problemaufriss	59
B. Bisherige Abgrenzungsansätze	60
I. Frühere Abgrenzungstheorien	60
II. Typologischer Ansatz	61
III. Besonderheiten bei Vereinskonzernen	64
C. Neuerungen durch die KiTa-Rechtsprechung	65
I. Anlass für die KiTa-Entscheidung des BGH	65
II. Inhalt der KiTa-Entscheidung des BGH	66
III. Theoretische Einordnung	67
IV. Reaktionen in der Literatur	68

V. Stellungnahme	69
1. Zustimmung zur Rechtsprechung	69
2. Gläubigerschutz als allein maßgeblicher Schutzaspekt	71
D. Folgerungen für die weitere Untersuchung	73
I. Statusrechtliche Folgen der neuen Rechtsprechung für Großvereine	73
1. Vereine mit unmittelbar eigenem wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	73
2. Vereinskonzerne	74
II. Relevanz der Binnenhaftung und zu beachtender Schutzaspekt	75
§ 5 Ergebnisse des 1. Teils	78
2. Teil: Binnenhaftung der Geschäftsleiter	79
§ 6 Haftung von Geschäftsleitern als Vereinsvorstände im Sinne des § 26 BGB	80
A. Haftungsgrund	80
I. Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen	80
1. § 93 Abs. 2 S. 1 AktG, § 43 Abs. 2 GmbHG, § 34 GenG analog	80
2. § 93 Abs. 3 Nr. 6 iVm § 92 Abs. 2 S. 1 AktG, § 64 S. 1 GmbHG, § 99 Abs. 2 iVm § 34 Abs. 3 Nr. 4 GenG analog	82
a) Gesetzliche Regelung und Problem	82
b) Stimmen in der Literatur	83
c) Standpunkt der Rechtsprechung	86
d) Stellungnahme	87
aa) Planwidrige Regelungslücke	87
bb) Vergleichbarer Schutzzweck und Notwendigkeit der Anwendung	90
cc) Keine entgegenstehenden vereinspezifischen Corporate Governance- Gesichtspunkte	91
dd) Zwischenergebnis	94
II. Schuldrechtliche Anspruchsgrundlagen	94
1. § 27 Abs. 3, § 664 iVm § 280 Abs. 1 BGB	94

2. § 280 Abs. 1 BGB iVm einem Anstellungsvertrag	95
III. Deliktische Anspruchsgrundlagen	96
B. Haftungsbegründung	96
I. Haftungsmaßstab – gesetzliche Anforderungen an Vorstandsmitglieder	97
1. Hauptpflichten des Vorstands im Großverein	97
2. Gesetzlicher Ausgangspunkt und Besonderheit bei Großvereinen	98
3. Lösungsansätze der Literatur	99
4. Keine Konkretisierung des Haftungsmaßstabs gemäß § 93 Abs. 1 S. 1 AktG analog	100
5. Haftungsmaßstab im Großverein gemäß § 276 Abs. 2 BGB	102
6. Speziell: Anwendbarkeit der Business Judgment Rule	104
a) Bedeutung, Zweck und Rechtsnatur der Business Judgment Rule	105
b) Herleitung des Geschäftsleiterermessens im Verein	107
aa) Keine vollständig vergleichbare Interessenlage zum Aktienrecht	108
bb) Kein Widerspruch zur Rechtslage im GmbH-Recht	111
cc) Unternehmerischer Ermessensspielraum gemäß § 276 Abs. 2 BGB	114
c) Besonderheiten bei der Anwendung im Großverein	115
aa) Unternehmerische Entscheidung	116
bb) Handeln zum Wohle der Gesellschaft	118
d) Kodifikation im Vereinsrecht nicht zwingend notwendig	119
e) Zwischenergebnis	120
II. Beweislast für die Pflichtwidrigkeit	121
1. Gesetzliche Grundregelung und Ausgangsproblem	121
2. Beweislastumkehr gemäß § 93 Abs. 2 S. 2 AktG analog	121
a) Stimmen in der Literatur	122
b) Stellungnahme	123
aa) Vergleichbare Interessenlage	123
bb) Planwidrige Regelungslücke	124

cc) Folgen der Analogie für die Haftungsdurchsetzung im Großverein	125
C. Haftungsausschlüsse/Haftungsbeschränkungen	126
I. Haftungsausschluss durch Weisung/Zustimmung	126
1. Weisung/Zustimmung der Mitgliederversammlung	126
2. Weisung/Zustimmung eines Aufsichtsorgans	127
II. Haftungsbeschränkung gemäß § 31a BGB	129
III. Haftungsbeschränkung durch Anwendung der Grundsätze der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	131
IV. Haftungsbeschränkung durch Ressortverteilung und Pflichtenkonkretisierung	133
1. Arten und Anforderungen zulässiger Ressortverteilung	134
2. Folgen für die Innenhaftung bei zulässiger Ressortverteilung	135
a) Meinungsstand im Schrifttum	135
b) Stellungnahme	137
aa) Verantwortungsreduktion bei vom Vorstand autonom festgelegter Ressortverteilung	137
bb) Verantwortungsreduktion bei vom Verein festgelegter Ressortverteilung	138
cc) Haftungsbeschränkung im Innenverhältnis auch bei horizontaler Delegation gesetzlich auferlegter Pflichten	140
3. Sonderfall: Vertikale Delegation	142
4. Zwischenergebnis	144
V. Haftungsbeschränkung durch privatautonome Bestimmung	144
1. Zulässigkeit und Grenzen privatautonomer Haftungsbeschränkungen	144
a) Kein einheitlicher Standpunkt in der Literatur	144
b) Stellungnahme	146
aa) Rechtslage im Kapitalgesellschaftsrecht	146
bb) Keine generelle Unzulässigkeit vorheriger Haftungsbeschränkungen	147
cc) Grenze: Kein Ausschluss der Haftung für grobe Fahrlässigkeit	148
dd) Zwischenergebnis	151

2. Arten und Möglichkeiten privatautonomer Haftungsbeschränkung	152
3. Praktische Bedeutung – Zwischenergebnis	155
D. Großvereinspezifische Haftungsrisiken für Vorstandsmitglieder	155
I. Haftungsrisiken bei der Vermögensverwaltung	156
II. Haftungsrisiken aufgrund von Compliance-Pflichten	158
1. Begriff und Bedeutung	158
2. Herleitung der Compliance-Pflicht des Vereinsvorstands	159
3. Inhalt der Compliance-Pflicht und besondere Risiken im Großverein	161
a) Vereine mit eigenem unmittelbar wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	162
b) Vereinskonzerne	163
c) Gesamtvereine und Vereinsverbände	164
4. Verantwortlichkeiten im Großverein	166
E. Zwischenergebnis § 6	167
§ 7 Haftung von Geschäftsleitern als besondere Vertreter	169
A. Der besondere Vertreter in der Corporate Governance des Idealvereins	169
I. Aufgaben und Stellung des besonderen Vertreters	169
II. Abgrenzung zu Vorstand und sonstigen Geschäftsleitern	171
B. Haftung des besonderen Vertreters	173
I. Haftungsgrund	173
1. Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen	173
a) § 93 Abs. 1 S. 1 AktG, § 43 Abs. 2 GmbHG, § 34 GenG analog	173
b) § 93 Abs. 3 Nr. 6 iVm § 92 Abs. 2 S. 1 AktG, § 64 S. 1 GmbHG, § 99 Abs. 2 iVm § 34 Abs. 3 Nr. 4 GenG analog	174
2. Anspruchsgrundlage der organschaftlichen Haftung	176
II. Haftungsbegründung	177
1. Haftungsmaßstab – gesetzliche Anforderungen an besondere Vertreter	177
a) Allgemeiner Sorgfaltsmaßstab, § 276 Abs. 2 BGB	177

b) Speziell: Unternehmerisches Ermessen	178
2. Beweislast für die Pflichtwidrigkeit	179
III. Haftungsausschlüsse/Haftungsbeschränkungen	182
1. Haftungsausschluss durch Weisung/Zustimmung	183
2. Haftungsbeschränkung gemäß § 31a BGB	184
3. Haftungsbeschränkung durch Anwendung der Grundsätze der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	185
a) Meinungsstand in Schrifttum und Rechtsprechung	185
b) Stellungnahme	186
aa) Organstellung allein kein Ausschlussgrund	186
bb) Keine allgemeine Aussage über Arbeitnehmereigenschaft des besonderen Vertreters für das Haftungsrecht möglich	189
cc) Differenzierung nach Aufgaben und Stellung des besonderen Vertreters	190
(1) Besondere Vertreter als echte organschaftliche Geschäftsführer	191
(2) Dem Vorstand nachgeordnete besondere Vertreter	192
dd) Zwischenergebnis	193
4. Haftungsbeschränkung durch Ressortverteilung und Pflichtdelegation	193
5. Haftungsbeschränkung durch privatautonome Vereinbarung	196
a) Zulässigkeit und Grenzen privatautonomer Haftungsbeschränkungen	196
b) Möglichkeiten privatautonomer Haftungsbeschränkungen	198
C. Zwischenergebnis § 7	198
§ 8 Haftung von Geschäftsleitern ohne Organstellung	200
A. Stellung und Aufgaben der Geschäftsleiter ohne Organstellung	200
B. Haftung des Geschäftsleiters ohne Organstellung	202
I. Haftungsgrund	202
II. Haftungsbegründung	204
1. Haftungsmaßstab	204
a) Allgemeiner Sorgfaltsmaßstab, § 276 Abs. 2 BGB	204

b) Speziell: Unternehmerisches Ermessen	205
2. Beweislast für die Pflichtwidrigkeit	208
III. Haftungsausschluss/Haftungsbeschränkungen	210
1. Haftungsausschluss durch Weisung/Zustimmung	210
2. Keine Haftungsbeschränkung gemäß §§ 31a, 31b BGB	212
3. Haftungsbeschränkung durch Anwendung der Grundsätze der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	213
a) Standpunkt von Rechtsprechung und Literatur	213
b) Stellungnahme	214
4. Haftungsbeschränkung durch privatautonome Vereinbarung	216
C. Zwischenergebnis § 8	216
§ 9 Grundzüge der Haftung von Aufsichtsorganen und Delegierten	218
A. Stellung von Aufsichtsorganen im Großverein und Haftungsverantwortlichkeit ihrer Mitglieder	218
I. Begriff und Bedeutung	218
II. Aufgaben und Pflichten	220
1. Relevante Normen	220
2. Aufgaben und Pflichten eines „klassischen“ Aufsichtsrats	222
3. Weitere Aufgaben von Aufsichtsorganen	223
4. Problematische Besonderheiten in der Großvereinspraxis	224
III. Grundzüge der Haftungsverantwortlichkeit	225
1. Haftungsgrund	226
a) Spezialgesetzliche Organhaftung	226
b) Allgemein schuldrechtliche Organhaftung	227
2. Allgemeiner Haftungsmaßstab	228
3. Unternehmerisches Ermessen	230
B. Delegiertenversammlung und Haftungsverantwortlichkeit der Delegierten	232
I. Die Delegiertenversammlung im Verein	232
1. Rechtsgrundlagen – Einrichtung einer Delegiertenversammlung	232
2. Stellung der Delegiertenversammlung in der Organisationsverfassung des Vereins	233
3. Zuständigkeiten der Delegiertenversammlung	234

4. Arten von Delegiertenversammlungen	235
a) Delegiertenversammlung im „klassischen“ Großverein ohne Untergliederungen	235
b) Delegiertenversammlung im Vereinsverband	235
c) Delegiertenversammlung im Gesamtverein	237
II. Rechtsstellung und Haftung der Delegierten	237
1. Rechtsstellung der Delegierten	237
a) Delegierte einer echten Delegiertenversammlung	238
b) Delegierte einer unechten Delegiertenversammlung	239
2. Haftung der Delegierten	240
a) Persönliche Haftung von „echten“ Delegierten	240
aa) Sorgfaltsmaßstab	240
bb) Verschuldensmaßstab	244
cc) Zwischenergebnis	247
b) Persönliche Haftung von „unechten“ Delegierten	247
C. Zwischenergebnis § 9	248
§ 10 Ergebnisse des 2. Teils	249
3. Teil: Haftungsdurchsetzung in Großvereinen	251
§ 11 Zuständigkeit für die Haftungsdurchsetzung	252
A. Haftungsansprüche gegen Vorstandsmitglieder	252
I. Zuständigkeit des Vorstands als gesetzlicher Vertreter des Vereins	252
II. Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	255
1. Beschlussfassung auf Initiative der Mitgliederversammlung	255
2. Generelles Beschlusserfordernis – § 46 Nr. 8 Fall 1 GmbHG analog	257
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	258
b) Stellungnahme	260
aa) Vergleichbare Interessenlage	260

bb) Insbesondere: Gleichlauf mit Entlastungskompetenz	265
(1) Wirkung der Entlastung	266
(2) Reichweite der Entlastungsentscheidung	268
(3) Zuständigkeit für die Entlastung	270
(4) Gleichlauf von Entlastungskompetenz und der Kompetenz für die Entscheidung über die Haftungsdurchsetzung	272
3. Zwischenergebnis	275
III. Zuständigkeit einer Delegiertenversammlung	276
IV. Zuständigkeit fakultativer Kontrollorgane	276
1. Bei Übertragung der Entscheidung über die Haftungsdurchsetzung	276
2. Bei Übertragung allgemeiner Kontrollfunktionen	278
a) Geltendmachung gegenüber dem pflichtvergessenen Vorstandsmitglied	278
b) Entscheidungsbefugnis im Innenverhältnis	279
3. Zwischenergebnis	281
B. Haftungsansprüche gegen andere Anspruchsgegner	281
I. Haftungsansprüche gegen Mitglieder fakultativer Vereinsorgane	281
II. Haftungsansprüche gegen Geschäftsleiter ohne Organstellung	283
III. Zwischenergebnis	284
C. Zwischenergebnis § 11	284
§ 12 Verfahren und Probleme bei der Haftungsdurchsetzung	286
A. Bei Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	286
I. Verfahren in der Mitgliederversammlung	286
II. Probleme bei der Haftungsdurchsetzung und Korrektive de lege lata	290
1. Strukturelle Probleme der Mitgliederversammlung	290
2. De lege lata bestehende Korrektive	295
a) Beschlussmängelklage	295
aa) Beschlussmängelrecht im Verein	295
bb) Mögliche Korrektive durch Beschlussmängelklagen	298

cc) Durch Beschlussmängelklagen nicht überwindbare Probleme	300
b) Actio pro socio	302
aa) Inhalt und Bedeutung der actio pro socio	302
bb) Actio pro socio im Verein	304
3. Zwischenergebnis	307
B. Bei Zuständigkeit einer Delegiertenversammlung	308
I. Verfahren in der Delegiertenversammlung	308
II. Probleme bei der Haftungsdurchsetzung und Korrektive de lege lata	309
1. Strukturelle Probleme der Delegiertenversammlung	309
2. De lege lata bestehende Korrektive	311
a) Auf Initiative der Delegierten	311
b) Auf Initiative der Mitglieder	312
c) Persönliche Haftung der Delegierten	315
3. Zwischenergebnis	317
C. Bei Zuständigkeit fakultativer Aufsichtsorgane	317
I. Verfahren im Aufsichtsorgan	317
II. Probleme bei der Haftungsdurchsetzung und Korrektive de lege lata	321
1. Strukturelle Probleme von Aufsichtsorganen	321
2. De lege lata bestehende Korrektive	323
a) Persönliche Haftung der Mitglieder von Aufsichtsorganen	323
b) Verlust der Durchsetzungszuständigkeit	325
3. Zwischenergebnis	325
D. Zwischenergebnis § 12	325
§ 13 Ergebnisse des 3. Teils	327
4. Teil: Schlussbetrachtung	328
§ 14 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	328
A. Großverein	328
B. Haftung der Geschäftsleiter	329
I. Haftung von Vorstandsmitgliedern	329
II. Haftung des besonderen Vertreters	332
III. Haftung der Geschäftsleiter ohne Organstellung	333

*Inhaltsverzeichnis*

IV. Haftung der Mitglieder von Aufsichtsorganen und von Delegierten	334
C. Haftungsdurchsetzung	335
§ 15 Gesamtergebnis/Ausblick – Empfehlungen de lege ferenda	339
Literaturverzeichnis	343

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht/Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
AO	Abgabenordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BJR	Business Judgment Rule
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
d. h.	das heißt
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung von Arbeitnehmern im Aufsichtsrat
Drs.	Drucksache
Einl.	Einleitung
etc.	et cetera
EUR	Euro (Währung)
e. V.	eingetragener Verein
f.	folgende (eine)
ff.	folgende (mehrere)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
GenG	Genossenschaftsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

## Abkürzungsverzeichnis

GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
h. M.	herrschende Meinung
HS.	Halbsatz
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
iSd	im Sinne des
iVm	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
LG	Landgericht
lit.	littera
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NPO	Nonprofit-Organisation
Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Rn.	Randnummer
S.	Seite/Satz
SE	Societas Europaea
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
sog.	sogenannt
u.	und
ua.	unter anderem
v.	vom/von
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vor.	Vorbemerkungen
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)
z. B.	zum Beispiel